

»Harmonie oder Konflikt«

Das Spannungsfeld

zwischen ziviler und militärischer Konfliktbearbeitung

Am 11. Juli jährte sich zum zehnten Mal das Massaker von Srebrenica, bei dem ca. 8.000 bosniakische Männer von serbischen Truppen brutal ermordet wurden.

Für pax christi – und andere in der deutschen Friedensbewegung – hat das Srebrenica-Massaker eine besondere Bedeutung. Es war in pax christi Auslöser des so genannten »Pazifismus-Streits« um die Frage, ob ein militärisches Eingreifen zur Verhinderung eines Völkermords sein darf, ja: sein muss – oder ob es grundsätzlich ausgeschlossen bleiben soll.

Heute – zehn Jahre später – haben wir zwei Kriege mit deutscher Beteiligung hinter uns, und die Bundeswehr ist aktuell in sechs Ländern bzw. Regionen im Einsatz (Bosnien, dem Kosovo, in Afghanistan, am Horn von Afrika, im Sudan und in Georgien):

Der Kosovo-Jugoslawien-Krieg 1999 hat in der politischen Szene zu heftigen Auseinandersetzungen geführt. Joschka Fischer ging so weit, den Krieg mit »Nie wieder Auschwitz« zu legitimieren. Pax christi hat sich gegen den Krieg ausgesprochen.

Der Krieg in Afghanistan 2001/2002 wurde von der Bundesregierung zwar halbherzig, aber doch unterstützt. Anschließend wurden für die ISAF Bundeswehr-Einheiten zur Verfügung gestellt.

Auch gegen diesen Krieg hat sich pax christi gestellt: Bomben sind keine Antwort auf Terror – und die damals befürchtete Gefahr der Eskalation dieser Art von »Kreuzzug« hat sich leider mehr als bewahrheitet.

Über die Völkerrechtswidrigkeit des Krieges im Irak besteht in unserem Land – Gott sei Dank – weitgehend Einigkeit und Deutschland war und ist nicht beteiligt.

■ Hoher Anspruch – begrenzte Wirkung

In der Europäischen Union wird eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Rahmen der – sehr defizitären – gemeinsamen Außenpolitik entwickelt. Über die Ausrichtung der EU-Politik gibt es in Deutschland und den anderen Mitgliedsländern unterschiedliche Einschätzungen, die Diskussionen um die EU-Verfassung haben das gezeigt. Wachsamkeit und Kritik sind auf jeden Fall geboten. Das ist ein Schlaglicht auf die militärische Seite.

Verändert hat sich in Deutschland auch das Denken und Agieren auf der zivilen Seite: Der Zivile Friedensdienst (ZFD), getragen von Nicht-Regierungs-Organisationen und Entwicklungsdiensten, wird seit Anfang 2000 staatlich gefördert. Über 160 Fachkraft-Stellen wurden bewilligt und sind größtenteils besetzt.

Pax christi hat schon seit 1997 Pilotprojekte des ZFD entwickelt und beteiligt sich auch jetzt aktiv an dem Programm.

Die Bundesregierung hat seit dem Jahr 2000 eine Ausbildung für deutsches Personal für UN- und OSZE-Einsätze aufgebaut und sich bei UN und OSZE dafür stark gemacht, dass das Personal für deren Missionen generell besser qualifiziert wird.

Seit Mai 2004 gibt es den »Aktionsplan Zivile Krisenprävention« der Bundesregierung – mit hohem Anspruch und (noch) begrenzter Wirkung.

Der dort zum Ausdruck gebrachte politische Wille wird de facto konterkariert, da dem Militär ungleich mehr Geld zur Verfügung steht als den zivilen Maßnahmen.

Der ZFD wird im Aktionsplan ausdrücklich erwähnt, ist jedoch als flexibles Instrument derzeit nicht nutzbar, da es schon unter der alten Bundesregierung keine Mittel für neue, aktuelle Projekte zur Verfügung standen und wir jetzt auch keine substanzielle Aufstockung des Etats erwarten.

Es bleibt generell abzuwarten, was die Außenpolitik der neuen Bundesregierung bringen wird.

■ »Traurige Bilanz«

Die Weltlage ist angespannt und sehr komplex. »Privatkriege« und die Auflösung von Staaten sind auf dem Vormarsch, schwere Menschenrechtsverletzungen in vielen Ländern der Welt eine Folge.

»Alte« Bürgerkriege wie in Kolumbien oder auf Sri Lanka bleiben ohne Lösung und bringen unendliches Leid.

Die ungerechte Verteilung von Reichtum, die ungleiche Nutzung von Ressourcen und die damit verbundenen ökologischen Probleme verschärfen sich weiter.

Der so genannte »Krieg gegen den Terror« bringt weiterhin mit sich:

Völkerrechtsverletzungen der USA – und der anderen beteiligten Staaten – durch den Krieg im Irak und die arrogante Haltung der westlichen Welt im

»Krieg gegen den Terror« haben dramatische Folgen nicht nur für das Verhältnis zur muslimischen Welt.

Staatsterrorismus – wie der der Russischen Föderation gegen Tschetschenien – wird von der westlichen Welt toleriert und legitimiert, weil er als Teil des »Krieges gegen den Terror« dargestellt wird bzw. weil bestimmte politische Bündnisse Vorrang vor der Kritik an Menschenrechtsverletzungen haben.

Gerade wegen dieser traurigen Bilanz gilt:

Zivile Mittel der Krisenprävention und Krisenbewältigung müssen absoluten Vorrang haben. Ideal wäre eine starke, demokratische UNO und der Aufbau einer internationalen Polizei – beides derzeit leider Zukunftsmusik.

■ »Früher undenkbar«

Diese Rahmenbedingungen gelten auch für die deutsche Politik – auf Regierungsseite und für die Friedensbewegung.

Die Präsenz der Bundeswehr, der GTZ, von politischen Stiftungen und von Nichtregierungsorganisationen – auch der Friedensbewegung – z. B. mit Projekten des Zivilen Friedensdienstes bzw. der zivilen Konfliktbearbeitung in verschiedenen Krisengebieten hat – gemessen an der Grundsatzdebatte vor 10 Jahren – manches verändert.

Es gibt de facto Berührungspunkte zwischen Bundeswehr und Teilen der Friedensbewegung, die noch vor 10 Jahren undenkbar gewesen wären.

Zwei Beispiele aus unseren Arbeitszusammenhängen:

Das pax christi-Büro in Zenica hatte von 1996 bis 2003 regelmäßigen Kontakt zur SFOR. Türkische Soldaten haben mit schwerem Gerät Schutt von einer von pax christi-Baustelle geräumt oder eine neue Wasserleitung zu einem Flüchtlingslager gelegt. Weder pax christi noch die Stadt Zenica hatten Geld bzw. Gerät, diese Arbeiten ausführen zu lassen.

Die ZFD-MitarbeiterInnen des forumZFD und von pax christi in Prizren/Kosovo standen von 2000 bis 2003 auf den Evakuierungslisten der deutschen KFOR-Einheit.

■ Klare Position

Die Berührungspunkte haben bei Regierung und Militärs eine Diskussion über kohärentes Handeln deutscher bzw. internationaler Kräfte bei Auslandseinsätzen geführt. Das Schlagwort dazu ist »zivil-militärische Zusammenarbeit«. Dazu möchte ich mich hier deutlich positionieren:

Die Frage des »ob« einer zivil-militärischen Zusammenarbeit stellt sich, wenn überhaupt, nur in völkerrechtlich einwandfreien Fällen militärischer Präsenz – d.h.,

a) wenn sie auf Bitten des jeweiligen Staates zu-

stande gekommen ist – zur Verhinderung von Krieg bzw. Bürgerkrieg:

Ein Beispiel ist Mazedonien im Jahr 2003: eine EU-Militär-Mission konnte eine Ausweitung der bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Regierungsarmee und Guerilla-Gruppen der albanischen Minderheit verhindern; parallel dazu vermittelte das Büro von »Mr. GASP« (Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU – Javier Solana) auf der politischen Ebene.

b) mit klarem UN-Mandat zur Verhinderung von Völkermord – sicher ein heikler Punkt, wenn wir die Defizite der UN berücksichtigen. Als Stichwort möchte ich Ruanda nennen – dort wäre 1994 eine Intervention meiner Ansicht nach geboten gewesen.

■ Eindeutige Zuordnungen

Für jede Form der Intervention – das heißt auch für zivile Interventionen und Projekte der zivilen Konfliktbearbeitung und der Entwicklungshilfe gilt:

1.) »Do no harm« – richte keinen Schaden an und – geradezu als Voraussetzung dafür:

2.) Kenne die Konfliktparteien – auch die Akteure in der Zivilgesellschaft, nehme sie ernst und trage nicht dazu bei, dass sich die Widersprüche zwischen ihnen verschärfen.

Die Situation im Irak ist ein trauriges Beispiel für eine Intervention, die diese Punkte außer Acht lässt.

Wenn es zu einer Intervention gekommen ist gilt: Das Primat der Politik ist nötig, die Rollen und Aufgaben der internationalen oder nationalen Regierungsstellen, der Militärs und der Zivilgesellschaft müssen klar definiert sein.

■ »... nicht von Militärs«

Eine Koordination aller an der Konflikteindämmung und -bearbeitung beteiligten Kräfte ist sinnvoll. Sie darf jedoch nicht in der Hand der Militärs, sondern muss bei den (internationalen) Regierungsstellen liegen. So laden UN-Stellen in Krisengebieten regelmäßig Nicht-Regierungs-Organisationen, Polizei und Militärs zu »Briefings« ein. Dort werden Informationen zusammengetragen und eine sinnvolle Vernetzung unterstützt. Auch die deutsche Botschaft z.B. in Bosnien lädt deutsche Organisationen regelmäßig zum Austausch ein.

Humanitäre (Not-)Hilfe sollte von neutralen Organisationen geleistet werden, auf keine Fall von Militärs. Venro, der »Verband Entwicklungspolitik deutscher NROs« (u.a. Caritas International) hat im Mai 2003 dazu eindeutig Stellung bezogen und auf die Gefahren der Instrumentalisierung von humanitärer Hilfe hingewiesen. Hilfe wird im Zweifelsfall nur noch an die »richtige Seite« ausgegeben oder an Bedingungen geknüpft.

Beispiele dafür gibt es aus dem Bürgerkrieg in El Salvador in den 80er Jahren oder nach der Intervention im Irak.

Fachkräfte des Zivilen Friedensdienstes haben – auf Einladung von Partnern – die Aufgabe, Strukturen und Instrumente der zivilen Konfliktbearbeitung zu stärken. Dabei sollten sie möglichst offen für alle Konfliktparteien innerhalb der Zivilgesellschaft sein, also »allparteilich«.

Sie sind nicht Teil einer »Solibewegung« – das birgt durchaus Konfliktpotenzial in den entsendenden Organisationen.

Die Fachkräfte dürfen aber auch auf keinen Fall als Teil einer Interventionsstruppe oder als »Anhängsel« der (internationalen) Regierungsstrukturen wahrgenommen werden, da diese immer als parteilich wahrgenommen wird.

Das Kosovo ist dafür ein gutes Beispiel: Nach Ende des Krieges im Sommer 1999 wurden die NATO-Truppen von der albanischen Bevölkerungsmehrheit als »Befreier« wahrgenommen. Trotz der internationalen Präsenz konnte es zu Vertreibungen von Angehörigen der serbischen und der Roma-Minderheit durch Albaner kommen. Inzwischen werden die internationalen Truppen als »Serbenschützer« wahrgenommen und im März 2004 in einigen Landesteilen sogar von Albanern attackiert. Auch die UN-Verwaltung hat ihren guten Ruf und ihre Unschuld verloren.

Ziviler Friedensdienst darf nicht zum »Reparaturbetrieb« oder zum Feigenblatt einer Außenpolitik werden, die primär militärisch agiert.

Das Militär muss sich auf seine originären Aufgaben beschränken: Kriegsparteien auseinander halten, entwaffnen, entminen und – wenn es dafür sonst keine Kräfte gibt, Straßen und Brücken in Stand setzen. Das heißt, das Militär soll nicht humanitäre Hilfe oder Wiederaufbau leisten, wie das in z.B. Bosnien oder im Kosovo geschehen ist.

■ Hilfe als militärische Funktion

Nicht einverstanden bin ich deshalb mit dem Konzept der »zivil-militärischen Kooperation« der Nato und der Bundeswehr – international CIMIC abgekürzt. Die Bundeswehr verfügt inzwischen über ein eigenes CIMIC-Bataillon in Nienburg mit über 150 MitarbeiterInnen. Auf der Internetseite der Bundeswehr heißt es in einer Presseerklärung vom 14. Mai 2004:

»... Struck zog eine erfolgreiche Zwischenbilanz der bisherigen CIMIC-Arbeit der Bundeswehr. Seit 1997 – dem Beginn der NATO-Operation SFOR in Bosnien und Herzegowina – hätten rund 1.400 deutsche CIMIC-Soldaten auf dem Balkan und in Afghanistan mehr als 4.000 Projekte im Gesamt-

wert von mehr als 38 Millionen Euro verwirklicht.

Struck hob vor allem die Spenden von Soldaten hervor: Allein bei der KFOR seien seit 2003 425.000 Euro für CIMIC-Projekte gesammelt worden. Bei der ISAF in Afghanistan hätten Soldaten im letzten Quartal 2003 rund 18.000 Euro gespendet. In 2004 sind bislang 25.000 Euro aufgebracht worden. Der von Soldaten getragene Verein »Lachen helfen« habe 10.000 Euro aufgebracht. ...

CIMIC erfüllt laut Struck eine wichtige militärische Funktion: »Gerade die CIMIC-Kräfte werden häufig als Hoffnungsträger angesehen. Sie unterstützen einerseits ganz gezielt die Bevölkerung vor Ort, schaffen andererseits ein günstiges Umfeld für den Einsatz und tragen damit zum Schutz der eingesetzten Soldaten bei.« CIMIC sei zu einem festen Bestandteil des »nation-building-Prozesses« geworden und fördere auch die Sicherheit Deutschlands.«

Das Zitat macht die ganze Bandbreite von CIMIC deutlich:

Hilfe wird als »militärische Funktion« genutzt. Sie ist aber auch privates Engagement teilnehmender Soldaten und ihrer Familien, hilft vor Ort tatsächlich, und es dient auch zur psychischen Entlastung der Soldaten. Dafür habe ich als viel Verständnis, wenn ich an die Gefühle der Soldaten denke, die in den Einsatzländern mit viel Elend konfrontiert sind. Ich nehme das humanitäre Engagement der einzelnen Soldaten auch ernst.

Politisch halte ich es jedoch für fatal. Die CIMIC-Aktivitäten führen dazu, dass sich das Selbst- und das Fremdbild der Soldaten auf merkwürdige Weise verschiebt. Zugespitzt: Sie sind keine »Soldaten«, d.h. keine »Krieger« mehr – sondern effiziente und hilfreiche »Bürger in Uniform«. Alle sind dann ganz erschreckt, wenn tatsächlich Soldaten aufgrund von kriegerischen Handlungen ums Leben kommen, wie z.B. in Afghanistan – oder wenn sie auf Menschen im Interventionsgebiet schießen müssen.

Soweit ein Einstieg in die komplexen Fragen. Ich kann und will nicht für mich beanspruchen, auf alle Fragen eine Antwort zu haben. Das wäre vermessen. Doch ich hoffe, ein paar Eckpunkte deutlich gemacht zu haben, die ich für die Friedensbewegung für grundlegend halte.

Christamaria Weber ist Geschäftsführerin der deutschen Sektion von pax christi. Der hier veröffentlichte und dafür gekürzte Beitrag wurde als Referat bei der Tagung »Zivile Außenpolitik gestern und heute« des Bildungswerkes der DFG-VK Nordrhein-Westfalen am 16. Oktober 2005 in Dortmund gehalten.

